

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **14.09.2023** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/Rat/017

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:10 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:07 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:15 Uhr

ANWESENHEIT:

Ratsvorsitzende

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Hinz, Arne

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Baumgarten, Claudia
Bierkamp, Dirk
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Heller, Simone
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Müller, Malte
Paul, Matthias
Paul, Susanne
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.
Thieleking, Ariane
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

Verwaltung

Giere, Janna
Kugel, Michael

Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.06.2023
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Antrag auf Akteneinsicht „Neubau Bauhof - Vertragsentwurf favorisierter Bieter“
Vorlage: M 2023 0588
- 3.2. Führung auf die Burgdorfer Friedhöfe
4. Modernisierungsrichtlinie zur Förderung privater (Bau-)Vorhaben im Rahmen der
Innenstadtsanierung
Vorlage: BV 2023 0503
5. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2023 0564
6. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf;
Geschäftsjahr 2022
Vorlage: BV 2023 0568
7. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 / 2024 und Investitionsprogramm 2022 bis
2027
Vorlage: BV 2023 0587
8. Antrag der FDP-Fraktion "Sparmaßnahmen Rathäuser und Bauhof" vom 11.8.2023
Vorlage: A 2023 0579
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die Fragen der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Meinig eröffnet um 18 Uhr die Sitzung und begrüßt die Ratsmitglieder sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer.

Im Namen des Rates richtet sie Glückwünsche an die Ratsmitglieder, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, aus.

Ratsvorsitzende Meinig begrüßt die Ehrenratsmitglieder Frau Weilert-Penk und Herrn Dralle.

Die Ratsfrauen Gurbet Birgin, Andrea Buhndorf, Anika Lilienthal, Beate Neitzel und Dagmar Thöner sowie die Ratsherren Rüdiger Nijenhof und Björn Sund haben sich entschuldigen lassen.

Ratsvorsitzende Meinig verweist auf die Nachtragseinladung vom 12.09.2023, mit der die Tagesordnung um den

- 8. Antrag der FDP-Fraktion "Sparmaßnahmen Rathäuser und Bauhof" vom 11.8.2023
Vorlage: A 2023 0579

erweitert wurde.

Die vormals unter Tagesordnungspunkte 8 und 9 vorgesehenen Anträge:

- 8. „Ratssitzungen in den Ortsteilen“ – Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 20.07.2023
Vorlage: A 2023 0562
- 9. Mittelverwendung Nachfolge VVV-Geschäftsführung – Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: A 2023 0549

entfallen.

Die Tagesordnung wird mit 28 Ja-Stimmen angenommen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.06.2023**

Ratsvorsitzende Meinig bittet um Genehmigung des Protokolls vom 29.06.2023.

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 29.06.2023 wird genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

**3.1. Antrag auf Akteneinsicht „Neubau Bauhof - Vertragsentwurf favorisierter Bieter“
Vorlage: M 2023 0588**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Führung auf die Burgdorfer Friedhöfe

Ratsvorsitzende Meinig berichtet von der Führung über die Burgdorfer Friedhöfe und freut sich über das vielfältige Angebot, das in Burgdorf geboten wird. Sie richtet ihren Dank an die Friedhofsabteilung und den Gärtnerbauhof und wirbt bei Rat und den Einwohnenden, ebenfalls an einer Führung teilzunehmen.

**4. Modernisierungsrichtlinie zur Förderung privater (Bau-)Vorhaben im Rahmen der Innenstadtsanierung
Vorlage: BV 2023 0503**

Ratsherr Fleischmann hält es für wichtig, dass die Möglichkeit bestehe, mehr als einen Antrag in 10 Jahren stellen zu dürfen.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Modernisierungsrichtlinie in der Fassung vom 10.05.2023 wird beschlossen. Die entsprechenden Fördergelder werden im Rahmen der jährlichen Programmanmeldungen zur Städtebauförderung angemeldet. Der Eigenanteil von mindestens 33,33 % wird von der Stadt Burgdorf erbracht und bei den Haushaltsanmeldungen berücksichtigt.

**5. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2023 0564**

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Aufwand für die selbstständig nutzbare Teileinrichtung „Gehweg“ für die Ausbauanlage „Immenser Straße/ Immenser Landstraße“ wird gesondert ermittelt.

**6. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2022
Vorlage: BV 2023 0568**

Beigeordneter Gerald Hinz und **Ratsherr Robert Apel** verlassen aufgrund eines Mitwirkungsverbot es den Beratungsraum.

Der Rat fasst mit 25 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2022 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**7. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 / 2024 und Investitionsprogramm 2022 bis 2027
Vorlage: BV 2023 0587**

Ratsherr Fleischmann kündigt an, die Linksfraktion werde den Beschlussvorschlag aufgrund der enthaltenen Mehrkosten für den Neubau des Bauhofes ablehnen. Er befürchte eine Überschuldung, die später eine Erhöhung von Abgaben für die Bürger nach sich ziehen könnte.

Beigeordneter Dr. Kaefer sieht die Herausforderungen, vor denen die Stadt zurzeit stehe. Neben Großprojekten und einer Zunahme von Pflichtaufgaben sei es kaum noch möglich, alles umzusetzen, was die Politik sich wünsche. Projekte müssten daher mit Augenmaß angegangen werden.

Ratsherr Gawlik teilt mit, die FDP-Fraktion werde den Nachtragshaushalt in vorliegender Form ebenfalls ablehnen. Die Geldschulden seien bereits sehr hoch und weitere Kostensteigerungen führten dazu, dass Zinsen kaum noch tragbar seien. Er appelliert an Rat und Verwaltung den Hinweisen der Kommunalaufsicht zu folgen. Weiter wünscht er, dass bei zukünftigen Projekten mit Varianten gearbeitet werde.

Beigeordnete Heller prangert an, dass die Zustände auf dem Bauhof schon seit vielen Jahren bekannt seien. Bei einer Besichtigung vor vielen Jahren herrschte Einigkeit unter den Ratsmitgliedern, dass sich der Bauhof in einem erbärmlichen Zustand befinde. Es herrschte ebenfalls Einigkeit, dass hier Abhilfe geschaffen werden müsse. Eine Zusammenlegung der Bauhöfe wurde angestrebt, um Synergien zu nutzen. **Beigeordnete Heller** hebt hervor, dass eine besondere Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden der Bauhöfe bestehe. Die vorgeschlagene Containerlösung finde sie beschämend.

Beigeordneter Sieke kündigt an, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Bei der Planung des Bauhofes sei zu wenig in Optionen und Varianten gedacht worden. Er hält es für zielführender Großprojekte in kleine, besser zu bewältigende Teilaufgaben zu splitten. **Beigeordneter Sieke** erwartet, dass der Nachtragshaushalt entsprechend refinanziert werde und richtet diese Aufgabe an die Verwaltung. Ebenfalls bittet er die Verwaltung um einen Pressebericht, was heute in nichtöffentlicher Sitzung beraten werde, um die Bürgerinnen und Bürger entsprechend zu informieren.

Bürgermeister Pollehn weist darauf hin, dass die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung durch den Gesetzgeber vorgegeben und für die Verwaltung bindend sei. Insbesondere Anbieter und Preise unterliegen der

Vertraulichkeit. Er versichert, dass die Bürgerinnen und Bürger durch einen entsprechenden Pressebericht über das Beratungsergebnis informiert werden. **Bürgermeister Pollehn** erinnert in diesem Zusammenhang an die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder.

Beigeordneter G. Hinz berichtet, die erste Überlegung zur Zusammenlegung der Bauhöfe bestand bereits im Jahre 2007, damals noch für ca. 6 Millionen Euro. Dieses Projekt sei immer weiter verschoben worden, so dass es letztlich zu dieser Kostensteigerung gekommen sei. Dennoch müsse die Verlagerung stattfinden, um die schlechten Zustände für die dort Beschäftigten zu verbessern. Es müssten vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden, auch um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben zu können.

Beigeordneter Hinz stellt klar, dass es in der Vorlage nicht darum gehe, 25 Millionen neue Mittel einzustellen, sondern darum die finanzielle Lücke aufgrund der Kostensteigerung zu schließen.

Ratsherr Paul räumt ein, es falle nicht leicht, eine so große Summe Geld zu beschließen. Er hebt die Wichtigkeit hervor, einen funktionalen Bauhof zu bauen und schließt aus, dass eine weitere Umplanung zu Kostensenkungen führen könne. Insbesondere die Sonderbauten schlagen bei diesem Projekt zu buche. Die vorgeschlagene Containerlösung empfinde er ebenfalls als falsch, da diese keine dauerhafte Lösung darstelle und nur zu weiteren Kosten führe. Er sehe den Bauhof Neubau als alternativlos.

Ratsherr Fleischmann ist der Ansicht, es könne alternativ mit einer Aufgabenreduzierung gearbeitet werden. Er verstehe nicht, weshalb selbst an Feldwegen regelmäßig gemäht werde. Durch eine Reduzierung der Aufgaben wäre weniger Personal und damit ein wesentlich kleinerer und günstigerer Bauhof nötig.

Bürgermeister Pollehn widerspricht. Die Verwaltung habe sich an geltendes Recht zu halten. Insbesondere bei den Bauhöfen handele es sich um Daseinsvorsorge, welche allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekomme. Dies sowie ein Anstieg der Beschwerden in den letzten Jahren, schließe eine Aufgabenreduzierung aus.

Ratsherr Dr. Vehling erinnert daran, dass es in der Vorlage um einen Nachtragshaushalt gehe, ausgelöst durch den geplanten Bauhof Neubau. Es gehe somit darum, ein Problem zu lösen, welches schon seit vielen Jahren bestehe. Er kritisiert, dass sich dabei nicht an das vom Rat vorgegebene Budget gehalten wurde. Die Verwaltung habe über viele Jahre eine Situation entstehen lassen, die jetzt alternativlos erscheint.

Beigeordneter Dr. Kaefer ist sich bewusst, es müsse dringend eine Lösung gefunden werden. Dennoch sei es bei dem zunächst gut durchdachten Bauhof zu einer derartigen Kostensteigerung gekommen, so dass hier die Reißleine gezogen werden müsse. Dies habe auch Signalwirkung für andere Anbieter, den vorgegebenen Rahmen einzuhalten. Er wünsche sich einen guten Bauhof für die Mitarbeitenden, aber nicht zu jedem Preis.

Bürgermeister Pollehn macht deutlich, dass eine Ablehnung der Nachtragshaushaltssatzung dazu führe, dass der Bauhof nicht gebaut werde. D. h., die Zustände blieben so wie sie sind und es kämen nicht unerhebliche Kosten bei Aufhebung der Vergabe hinzu. Die jetzt vorliegende Kostenplanung wurde durchgerechnet, trotz Kostensteigerungen sei dies immer noch die beste Lösung.

Ratsherr Köneke wiederholt, die CDU-Fraktion werde für den

Nachtragshaushalt stimmen. Er kritisiert jedoch, dass das Raumprogramm seinerzeit zu hektisch beschlossen worden sei. Dabei sei mit 30 % mehr geplant worden, was seiner Meinung nach nicht notwendig gewesen wäre. Er betont weiter, dass mit Investitionen Werte geschaffen werden. Die damit einhergehenden Abschreibungen und Zinstilgungen müssten dabei im Ergebnishaushalt veranschlagt werden, in dem ebenfalls eine große Lücke klaffe. Auch die Zeit der zinsgünstigen Darlehen sei vorbei, so dass sich dies ebenfalls negativ auf den Haushalt auswirke. Er erwartet, dass in der Haushaltssicherung nachgesteuert werde.

Beigeordneter G. Hinz ergänzt, dass es nicht leicht sei 2,5 Millionen Mehrkosten zu beschließen, hebt aber hervor, dass zumindest 1 Million eingespart werden konnte. Weiteres Zögern würde nur zu weiteren Kostensteigerungen führen.

Ratsherr Wendt kritisiert, dass die Verwaltung sich in der Illegalität befinde, da die bestehenden Bauhöfe nicht mehr genehmigungsfähig seien. Demgegenüber empfinde er die Kostensteigerung auf nunmehr 26 Millionen Euro als unsozial gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Daher werde die Linksfraktion sowohl den Nachtragshaushalt als auch das Bauvorhaben ablehnen.

Ratsvorsitzende Meinig stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Mit 21 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und einer Enthaltung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Burgdorf für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 sowie das geänderte Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 werden beschlossen.

**8. Antrag der FDP-Fraktion "Sparmaßnahmen Rathäuser und Bauhof" vom 11.8.2023
Vorlage: A 2023 0579**

Herr Dr. Vehling umreißt kurz den Antrag und befürchtet, dass eine Sanierung der Rathäuser I und II schwierig sei. Ein Verkauf der Rathäuser könne helfen, Budgetoptimierungen vorzunehmen. Auch könnten dadurch erhebliche Kostenrisiken umgangen werden, die mit der Sanierung denkmalgeschützter Objekte einhergehe.

Beigeordneter Dr. Kaefer bittet über den Antrag getrennt abzustimmen, da es in Ziff. 1 um die Rathäuser und in Ziff. 2 um den Bauhof gehe.

Ratsherr Fleischmann begrüßt den Antrag, die Ausschreibung des Bauhofes aufzuheben. Für ihn sei ebenfalls fraglich, ob die Sanierung der Rathäuser notwendig sei.

Bürgermeister Pollehn berichtet, dass bereits im Jahr 2020 ein Beschluss zur Sanierung der Rathäuser gefasst wurde. Dabei wurde beschlossen, die Rathäuser als Verwaltungsgebäude zu erhalten, mit der Option das Rathaus I für Bürgerinnen und Bürger für kulturelle Zwecke zu öffnen. Er erinnert daran,

dass Burgdorf eine Stadt mit einer jahrhundertealten Tradition ist und es Aufgabe der Stadt sei, dieses Vermächtnis zu bewahren.

Ratsherr Gawlik mahnt, sich bei Entscheidungen an der aktuellen Situation zu orientieren. Vor dem Hintergrund der dramatischen Schuldenentwicklung halte er es für wichtig, ältere Projekte einer neuen Prüfung zu unterziehen. Die Eigenständigkeit von Burgdorf müsse erhalten bleiben.

Beigeordneter G. Hinz gibt zu bedenken, dass ein Verkauf der Rathäuser kaum möglich sei. Vor der Sanierung denkmalgeschützter Gebäude würden viele Investoren zurückschrecken. Die SPD-Fraktion werde bei beiden Abstimmungen dagegen stimmen.

Ratsherr Köneke weist auf die Schwächen in der Bauhof-Planung hin und kritisiert, dass durch Umplanungen und Verzögerungen eine erhebliche Kostensteigerung eingetreten sei. Er habe dafür plädiert, zunächst das Dach des Rathauses I zu sanieren, um das Gerüst abbauen zu können. Dieser Vorschlag sei aus für ihn unverständlichen Gründen abgelehnt worden. Er wünscht sich für die Zukunft machbare Lösungen. Die negativen Erfahrungen vom Bauhof dürften sich nicht wiederholen.

Laut **Ratsherrn Dr. Vehling** sind ein Bau- und Planungsstopp notwendig, um über Alternativen nachzudenken. Hier seien bereits viele Vorschläge genannt worden und er halte es für unverständlich, dass keine Alternativen vorgestellt wurden. Große Herausforderungen sollten künftig in Optionslösungen dargestellt werden, um dem Rat Entscheidungsmöglichkeiten bieten zu können.

Ratsvorsitzende Meinig stellt zunächst Ziffer 1 des Antrages zur Abstimmung.

Die Bauprojekte Rathaus I und Rathaus II werden mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Die Ziffer 1 des Antrages wird mit zwei Ja-Stimmen und 26 Gegenstimmen abgelehnt.

Ratsvorsitzende Meinig stellt sodann Ziffer 2 des Antrages zur Abstimmung.

Die Ausschreibung zum Projekt Bauhof wird aufgehoben.

Die Ziffer 2 des Antrages wird mit sieben Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

1. **Ratsherr Müller** erkundigt sich, wann die Bauzäune an der Fahrradabstellanlage in Ramlingen/Ehlershausen entfernt werden. Die Baumaßnahme sei augenscheinlich fertiggestellt.

Eine Mitarbeiterin der Abteilung Tiefbau antwortet, dass hier noch kleinere Restarbeiten zu erledigen seien. Das Buchungssystem in Ehlershausen könne ebenfalls noch nicht in Betrieb genommen werden, da die Ausschreibung der Region erfolglos blieb.

2. **Ratsherr Gawlik** möchte wissen, wann es mit der weiteren Behandlung des FDP-Antrages zur Strategischen Gewerbeansiedlung in Burgdorf weitergeht. Ihm sei es wichtig, neben der Ausgabenseite auch die Einnahmen zu optimieren. Der Antrag sei im Januar eingebracht worden und befinde sich seitdem in Konsolidierung.

Bürgermeister Pollehn antwortet, dass zurzeit ein Partner für die Umsetzung gesucht werde. Der Antrag wurde in diesem Halbjahr angegangen und es werde mit einer Umsetzung im kommenden Jahr gerechnet.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen aus der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin